V-01-NEU-148-2

Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Antragsteller*in: Erik Marquardt

Änderungsantrag zu V-01-Neu

Von Zeile 147 bis 149 einfügen:
lösungsorientierte Flüchtlingspolitik und eine handlungsfähige Europäische Union, die sich an diesen Werten orientiert. Dafür treten wir auch bei der europäischen Gesetzgebung ein. Wir stehen zu unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention, der UN-

Von Zeile 154 bis 159:
Die derzeitige Lage an den europäischen Außengrenzen ist unhaltbar. Dabei kann es nicht bleiben. Deshalb ~~waren~~haben wir im Europäischen Rat ~~zuletzt auch zu~~seit Herbst 2021 sehr schwierige~~n~~ Verhandlungen rund um eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ~~bereit~~geführt – in einem sehr komplexen Umfeld mit weit auseinandergehenden ~~und größtenteils restriktiven~~ Positionen zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten. Wir haben gemeinsam für eine Lösung in dieser

Begründung

Eher Präzisierung, damit kein falscher Eindruck entsteht: Über das GEAS würde seit Ende 2020 verhandelt, auch mit deutscher Beteiligung. Die Positionen der meisten Mitgliedstaaten sind in einigen Felder größtenteils restriktiv, in anderen Feldern allerdings nicht. So lebt zum Beispiel mehr als 2/3 der EU-Bevölkerung in Ländern, die für stärkere Verteilung sind. Die Positionen orientieren sich nur zum Teil an der politischen Ausrichtung, weil z.B. die geografische Lage eine sehr große Rolle spielt. Es stimmt aber, dass die Positionen sehr weit auseinander gehen. Das erschwert nun auch eine Einigung mit dem Europaparlament, denn der Rat hat wenig Verhandlungsspielraum, muss sich für eine Einigung aber auf das EP zubewegen.

weitere Antragsteller*innen

Michael Bloss (KV Stuttgart); Ska Keller (KV Spree-Neiße); Andrea Wörle (KV Ostallgäu)